

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 4

Erziehungswissenschaften  
Zeitschrift für Pädagogik, Psychologie und Erziehungswissenschaften  
Verlag von Julius Springer, Berlin

Berlin, den 24. Januar 1926

Verlag von Julius Springer, Berlin  
Königsplatz 12 IV  
Telefon 5529  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

## Das Buch ist zu teuer!

Während der Lohnverhandlungen in der Vorwoche wurde unseren Vertretern wiederum — wie schon so oft — recht eindringlich zu Gemüte geführt, daß die ganze Kunst eines großen Teils unserer Unternehmer darin besteht, sich der Arbeiterschaft gegenüber auf den Boden des viel beredeten Preisabbaues zu stellen. Das geschieht natürlich nur der Arbeiterschaft gegenüber, der man mit dieser zu nichts verpflichtenden Haltung den Boden für deren dringlichste Wünsche und Forderungen auf auskömmlichen Lohn entziehen will oder um — wie es jetzt in Verfolg der Parole der Unternehmerzentralen geschieht — einen Lohnabbau zu begründen. Nachdem man die Deffentlichkeit durch das Geschrei der Parolenkrieche der Unternehmervereinigungen genügend vorbereitet glaubt und die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit als willkommenster Bundesgenosse im Kampf um die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Seite hat, hält man die Arbeiterschaft gerührt genug, um mit Erfolg die ersten Vorstöße wagen zu können.

Alle Begründungen dafür, daß man mit untauglichen Mitteln ein Experiment am untauglichen Objekt wagt, wenn man durch Lohnabbau eine Hebung und Besserung unserer Wirtschaft herbeizuführen vorgibt, nützen nichts, da dieses gesteckte Ziel nur das Mittel zu dem Zweck ist, zur Erzielung eigener Vorteile die auskömmliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu unterbinden. Und wenn die Unternehmer unserer Industrien sich dem allgemeinen Vorgehen der Unternehmerverbände anschließen, dann ist das zu werten als ein Ausfluß einer straffen Unternehmer солидарität, die durch die geheimen und öffentlichen Unternehmepublikationen bis aufs äußerste aufgepeitscht wird.

Daß durch einen Lohnabbau z. B. im Buchbindergewerbe kein Buch mehr und keines schneller verkäuflich wird, wissen unsere Buchbinderbesitzer besser, als es ihnen je gesagt werden könnte. Der Lohnanteil unserer Kollegenschaft am gebundenen Buch ist viel zu gering, als daß sich selbst ein großer Lohnabbau am Buchpreis bemerkbar machen könnte. Oder kann jemand behaupten, daß eine Ermäßigung im Arbeitslohn für das Binden eines Buches um ein oder zwei Pfennige bei einem Verkaufspreis von vier, fünf Mark und mehr eine Rolle spielt in bezug auf die Verkäuflichkeit des Buches? Eine Rolle würde ein solcher Lohnabbau schon spielen, und zwar einmal für die Arbeiterschaft, bei der Frau Sorge noch mehr zu Gast sein würde als sonst, und zum anderen für den lachenden Dritten aus dem Unternehmerlager, der durch den Lohn-

abbau einen Extrareibach machen und sich den Leib halten würde vor Sachen über das Riesenschatz von Arbeiter, der auf die Unternehmertnisse hineingefallen ist.

Bei unseren letzten Lohnverhandlungen behauptete ein Unternehmer, daß der Lohnanteil beim Binden des Buches 40 bis 50 Proz. betrage. Das war natürlich ganz ungeheuerlich gesunkert. Wie es in Wirklichkeit aussieht, mag folgendes Beispiel zeigen: Ein 30 Bogen starkes Buch in Größe 6 verursacht, gebunden in Ganzleinen mit einfachem Vorder- und Rückentitel, eine Lohnausgabe von rund 15 Pf. pro Band für das Binden. Der Verkaufspreis für dieses Buch liegt zwischen vier und fünf Mark. Ein zehnprozentiger Lohnabbau für die Buchbinderarbeiten würde 1,5 Pf. ausmachen und diese „Ermäßigung“ kann niemals einen Einfluß auf den Verkaufspreis haben, wie überhaupt Maßnahmen nach der Lohnseite hin nie zu einer Verbilligung des Buches führen können, da die Unkosten für die Bindarbeit viel zu gering sind.

Etwas anderes ist es jedoch mit den Gewinnen der Unternehmer. Das Buch nach unserem Beispiel erfordert rund 15 Pf. für Bindarbeit, die Materialunkosten für das gleiche Buch betragen, gut gerechnet, ebenfalls 15 Pf. Auf diesen Gesamtunkostensatz von 30 Pf. schlägt der Buchbinderbesitzer im Durchschnitt 150 Prozent auf für seine sonstigen Spesen, Geschäftsunkosten und Gewinne, so daß er das Buch für ungefähr 75 Pf. an seinen Auftraggeber abgeben kann und dabei ein gutes Geschäft macht. Würde der Buchbinderbesitzer seinen Aufschlag um 10, 20 oder 30 Proz. kürzen, was er in den meisten Fällen vertragen kann, dann würde eine solche Verbilligungsaktion schon eher einen Sinn haben, denn dann kämen Beträge heraus, die sich im Buchpreis schon auswirken könnten. Soweit aber geht unsere Forderung gar nicht. Wir wollen ganz selbstverständlich, daß die Betriebe unseres Gewerbes auch rentabel wirtschaften.

Anders steht es jedoch mit den Gewinnen, die der Kugelleher unseres Gewerbes einstreichen darf, der Buchhandel. Die Preisgestaltung durch den Buchhandel ist eine geradezu skandalöse und die Verteuerung des Buches durch diesen hat das erträgliche Maß längst überschritten. Schon in unserer Nr. 16 vom Vorjahre haben wir auf den schamlosen Wucher des Buchhandels auf Kosten der Büchereikäufer hingewiesen. Das müssen wir heute erneut tun. Vor uns liegt der Katalog einer weltbekannten Firma, die ihre Verlagswerke selbst druckt und bindet und über gute und modern ausgestattete Werkstätten für Druck und Binderei verfügt. In

diesem rund 300 Werte umfassenden Katalog zählen wir 186, bei denen neben dem Preis für broschurierte Bücher auch die Preise für gebundene Bände (zum Teil in Halb-, zum Teil in Ganzleinen) angegeben sind. Dabei können wir Preisunterschiede zwischen broschurten und in Halb- oder Ganzleinen gebundenen Büchern um mehr als 3 Mark feststellen! Wenn man Arbeitslohn und Materialkosten für diese Bücher (Großoktav) auf 40, ja sehr hoch auf 50 Pf. pro Band rechnen will, dann zeigt der Mehrpreis für das gebundene Buch einen geradezu floghigen Gewinn des Verlegers allein am Bucheinband. Und in dieser Manier geht es durch den ganzen Katalog, und der geringste Preisunterschied zwischen broschurtem und gebundenem Buch bei den angegebenen 186 Werken beträgt 1,10 Mark, ein Betrag, der ebenfalls einen mehr als ausreichenden Unternehmergewinn in sich trägt. Dabei bleibt immer zu beachten, daß der Verleger über eine eigene Druckerei und Binderei verfügt. Der Mehrpreis für das gebundene Buch gegenüber dem broschurten schwankt im Durchschnitt zwischen 1,40 und 2 Mark. Was will demgegenüber der durchschnittliche Arbeitslohn der Buchbinder von höchstens 20 Pf. für die Bindarbeit belagen?

Noch floghiger erscheinen die Gewinne der Verleger, wenn man bessere Einbände berücksichtigt. Da sind Werte angegeben, die broschuriert mit 50 Mark pro Band im Katalog verzeichnet sind, in Halbfranz gebunden aber 70 Mark kosten. Hier wird die Bindarbeit einschließlich Material und Unkosten auf 20 Mark pro Band berechnet! Dabei handelt es sich hier nicht etwa um besondere künstlerische Einbände, sondern auch nur um Massenfabrication, wenn auch die Auflagen hierbei nicht allzu groß sein mögen. Ein anderes Werk kostet in Ganzleinen 7 Mark, in Halbleder aber 25 Mark.

Und so wie diesen kann man jeden Katalog unserer Verleger durchgehen: Ueberall zeigt sich eine Verteuerung des Bucheinbandes, die ihre Ursache in der unverschämtesten Profitsucht des Buchhandels hat. Dort soll man mit dem Preisabbau einsehen und den knappen Arbeitslohn unserer Kollegen und Kolleginnen von Experimenten verschonen, die nur weitere Vorteile in die Tasche der Verleger leiten. Dies sollten auch unsere Unternehmer begreifen und sie sollten sich den Grundsatz zu eigen machen, der für gute Arbeit auch guten Lohn verlangt. Um ihre Betriebe wirtschaftlich zu gestalten, nützt ihnen nicht Lohnabbau, sondern eine anständige Bezahlung ihrer Aufträge durch die Buchverleger. Dort ist mit dem Abbau zu beginnen, was allerdings gleichbedeutend sein müßte mit einer Umstellung des überorganisierten Buchhandels.

### Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

#### DBB-Vertrag.

Mit dem Verband Deutscher Buchbinder eiseibiger wurde am 12. und 13. Januar in Weimar über den Neuabschluss eines Lohnabkommens verhandelt. Unsere Forderung ging auf Erhöhung des Spitzenlohnes um 10 Proz., d. h. Festsetzung des Spitzenlohnes auf 1 Mark. Auch der Akkordtarif sollte um 10 Proz. erhöht werden. Nach kurzer Begründung dieser Forderung stellten die Unternehmer durch ihren Vorsitzenden ihre Gegenforderung auf 10prozentigen Lohnabbau mit dem Hinweis darauf, daß die jetzige Zeit gebietet eine Senkung der Löhne fordere. Der Syndikus des Unternehmerverbandes verwies in seiner Begründung für diesen Abbau auf die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft. Noch nie sei im Buchgewerbe und im Buchhandel ein so schlechtes Weihnachtsgeschäft zu verzeichnen gewesen wie im letzten Jahre. Auch die soziale Belastung spielte in diesen Verhandlungen eine große Rolle. Der Druck des Wirtschaftsministeriums auf die Betriebe zur Preisentung müsse einen Druck auch auf die Arbeitslöhne ausüben. Das sei auch notwendig, um die Absatzfähigkeit der Bücher zu erhöhen und um vor allen den jetzt fast unmöglichen Export wieder zu heben. Ein Unternehmervertreter wagte sogar die Behauptung, daß der deutsche Arbeiter relativ höher entlohnt werde als der englische und amerikanische. Nach seiner Ansicht betrage der Lohnanteil am Produkt 40 bis 50 Proz. Ein anderer Unternehmervertreter vertrat die Ansicht, daß die 20 Millionen Menschen, die in Deutschland zuviel vorhanden seien, über Wasser gehalten werden müssen dadurch, daß alle Arbeiter durch Übernahme eines Lohnbaues zur Erhaltung dieser „lebensfähigen“ beitragen sollten. Wie er das meint, brachte er nicht näher zum Ausdruck, ebenso wenig, welche Rolle die Unternehmer dabei spielen wollen. Von volkswirtschaftlicher Bedeutung war das Eingeständnis eines Unternehmervertreters, daß manche Kapitaleien in einer Reihe von Buchbindereien nicht gerade sehr wirtschaftlich angelegt seien.

Den Vorlegungen der Unternehmer wurde in entsprechender Weise von unseren Vertretern geantwortet. Dem Hinweis darauf, daß die Metallindustrie trotz der schlechten Löhne den schlechtesten Geschäftsgang aufzeige und daß diese Gruppe ein Schulbeispiel sei für das Verhalte der Unternehmeranschauung, daß ein Lohnabbau den Geschäftsgang hebe, vermochten die Unternehmer nichts entgegenzusetzen. Mit besonderem Nachdruck wurden die Unternehmer darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Gesundung unseres Berufes beitrage, wenn sie ihre ganze Strohkraft gegen ihre Auftraggeber richten würden, die sehr wohl in der Lage seien, anständige Preise für die Produkte unseres Berufes zu zahlen. (Wir verweisen hierbei auf den Artikel „Das Buch ist zu teuer!“ in der vorliegenden Nummer.) Nach mehrstündigen Verhandlungen einigten sich beide Parteien auf eine Verlängerung des jetzigen Lohnabkommens bis zum 7. April.

Eine recht langwierige Auseinandersetzung brachte der von den Akkordtarifverhandlungen noch unerledigt gebliebene Antrag der Unternehmer, wonach beim Fertigmachen von großen Auflagen prozentuale Abzüge zugelassen sein sollten. Die endgültige Regelung dieser Frage wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

#### „Apl“-Vertrag.

Mit dem Arbeitgeber-Verband der Papierverarbeitenden-Industriellen („Apl“) kam es am 14. Januar in Berlin wegen der weiteren Lohnregelung zu nur kurzen Verhandlungen. Die Tatsache, daß in den Tagen vorher für die Kartonnagen-Industrie durch den Schiedsspruch und mit dem Verband Deutscher Buchbinder eiseibiger durch freie Vereinbarung die geltenden Lohnverträge verlängert worden waren, übte ihren selbstverständlichen Einfluß auch bei den Verhandlungen mit dem „Apl“ von vornherein in der Richtung aus, daß die beiderseitigen Wünsche auf Änderung des geltenden Lohnabkommens nur kurz vorgetragen wurden, beide Parteien sich jedoch bald über die unveränderte Verlängerung des Lohnvertrages bis zum

## Macht's nach!

Die neuen Regierungspläne zum Preisabbau richteten sich nicht zuletzt gegen die Zwangsinnungen, da diese vielfach die Funktionen der Kartelle und Syndikate ausübten. Es ist interessant, feststellen zu können, daß das Handwerk eine der bestorganisierten Gewerbegruppen ist. Auf das stark ausgeprägte Zusammengehörigkeitsgefühl in diesen Kreisen weist ja auch die Regierungsdenkschrift hin. Wie rasch sich die Innungen vermehrt haben, zeigt eine Zusammenstellung, die wir der Nr. 2 des „Schuhmacher“ entnehmen:

„Nach einer Statistik des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages hat sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der Innungen nahezu verdoppelt; sie stieg von 1904 mit 9829 auf 17 453 im Jahre 1925. Besonders stark sind die Zwangsinnungen angewachsen. Die sich

mehr als verdreifacht haben. Sie nahmen von 2986 auf 10 387 zu, während die Zahl der freien Innungen nur von 6843 auf 7066 gestiegen sind. Seit 1904 gehörten den Zwangsinnungen 210 048 Mitglieder an, 1925 hingegen 666 732. Die Zahl der in freien Innungen organisierten Handwerker ist von 234 665 auf 243 506 angewachsen. Waren 1904 nur knapp die Hälfte, nämlich 46,7 Proz. der Handwerker von den Innungen erfasst, dann betrug die entsprechende Zahl 1925 73,2 Prozent

Soweit das Gewerkschaftsorgan der Schuhmacher. Es wäre gut, wenn wir auch von den Arbeitern und Angestellten berichten könnten, daß diese zu 75 Proz. den freien Gewerkschaften angehören. Was würde dann für Arbeit und Mühe erspart werden können und wieviel leichter könnte der Kampf geführt werden!

28. Februar, dem Ablaufstermin des Mantelvertrages, verständigten.

Eine längere Verhandlung machte sich jedoch dann notwendig über eine Reihe von Gesichtspunkten, die im Anschluß an die Allgemeinverbindlichkeitsklärung des „Apl“-Vertrages zu Tage getreten waren. Hauptstreitpunkt waren die Verhältnisse, wie sie sich zurzeit im Wuppertal entwickelt haben. Dort war unsere Kollegenschaft schon seit längerer Zeit aus dem Reichstarifverhältnis ausgeschieden, sie hatte mit dem allgemeinen Arbeitgeberverband für Elberfeld-Barmen ein Sonderabkommen getroffen. Während sich unsere Mitglieder in Elberfeld-Barmen auf den Standpunkt stellten, daß infolge der Ablehnung eines um die Mitte des Vorjahres vom Schlichtungsausschuß in Elberfeld gefällten Schiedsspruches unsere dortige Kollegenschaft von diesem Sonderabkommen frei sei, behaupteten die Unternehmer, daß infolge stillschweigender Anerkennung des auf Grund dieses Spruches gezahlten Lohnes dieses Sonderabkommen nach wie vor in Geltung und damit der Ziffer 3 der Allgemeinverbindlichkeitsklärung Genüge geschehen sei. Nach Ansicht der Unternehmer könne darum die Allgemeinverbindlichkeit nicht für Elberfeld-Barmen Wirkung haben, solange das nach ihrer Ansicht bestehende Sonderabkommen noch Geltung habe. Nach längeren Bemühungen beider Parteien, den anderen Teil von der Richtigkeit der eigenen Auffassung zu überzeugen, einigte man sich dahin, in Elberfeld-Barmen selbst den Versuch zu einer Verständigung zu machen und dazu Vertreter der beiderseitigen Zentralen hinzuzuziehen.

Eine ebenso langwierige Debatte entstand dann über unsere Änderungsanträge zum Ortsklassenverzeichnis. Bei den Manteltarifverhandlungen im Vorjahre waren diese Anträge nicht zur Erledigung gekommen und in der am 28. Oktober getroffenen Vereinbarung war gesagt worden: „Die Parteien haben unverzüglich in Verhandlungen über die zur Änderung des geltenden Ortsklassenverzeichnisses gestellten Anträge einzutreten“. Ein ernsthafter Vorstoß, diese Anträge nunmehr zu verabschieden, scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer, die sich zwar zunächst auf Behandlung des Gegenstandes einließen, sich jedoch jeder Veränderung des jetzt geltenden Ortsklassenverzeichnisses aufs äußerste widersetzen, so daß die Bemühungen unserer Vertreter ergebnislos bleiben mußten. Nachdem am 28. Februar auch der Mantelvertrag abläuft, wurde die Regelung der Ortsklassenfrage bis zur Neubearbeitung des Mantelvertrages zurückgestellt.

Dabei machten die Unternehmer den zunächst unverbindlichen Vorschlag, den Mantelvertrag unverändert um ein Jahr zu verlängern. Unsere Vertreter vermochten auf diesen Vorschlag nicht einzugehen, da im derzeitigen Mantel einige Bestimmungen — wir erinnern nur an die Lohnspannung — dringend abgeändert werden müssen.

Zum Schluß verständigten sich beide Parteien dahin, beim Ablauf des jetzigen Vertrages in Verhandlungen über einen neuen Vertrag einzutreten.

Der Schiedsspruch für die Kartonnagen-Industrie angenommen.

Der von der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums für die Kartonnagen-Industrie am 11. Januar gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden. Damit ist für diese Industrie die Lohnregelung bis zum 31. Mai festgelegt.

#### Wellpappen-Vertrag.

Die am 14. Januar in Berlin geführten Verhandlungen für die Wellpappen-Industrie endeten damit, daß auch das Lohnabkommen für diese Gruppe unverändert bis zum 31. Mai 1926 verlängert wurde.

### Verhärfung der Krise in der Papierverarbeitung.

K. Konnte man bei den letzten Feststellungen über die Lage des Arbeitsmarktes noch hoffen, daß diese nur durch die zwischen Weihnachten und Neujahr häufig vorgenommenen Inventuren und ähnlichen Umständen besonders ungünstig beeinflusst sei und daß sie sich Neujahr bessern würde, dann zeigen die neuesten Meldungen unserer größeren Rathstellen, daß inzwischen eine weitere erhebliche Verschlechterung eingetreten ist.

Nach diesen letzten Feststellungen, die sich auf 28 Rathstellen mit 40 000 Mitgliedern = 75 Proz. der Gesamtmitgliedszahl beziehen, war am 12. Januar die Zahl der Arbeitslosen auf 16 Proz. gestiegen, gegenüber 11,9 Proz. Ende Dezember und die der Kurzarbeiter sogar auf 46,5 Proz. gegenüber 21,2 Proz. im Dezember. Die starke Verschärfung der Krise in den letzten zwei Monaten zeigt folgende Zusammenstellung. Danach waren vorhanden:

	Arbeitslose		Kurzarbeiter	
	pro 100 Mitgl.	in M.	pro 100 Mitgl.	in M.
Ende Novemb. 1925	7,0	6,4	6,5	13,6
„ Dezember 1925	10,6	12,6	11,9	17,4
am 12. Januar 1926	14,5	16,6	16,0	41,8

Selbst wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß im allgemeinen das Gros unserer bei der letzten Feststellung nicht einbezogenen kleinen Rathstellen nicht in so starkem Maße unter den Einwirkungen der Krise leidet, wie unsere Kollegenschaft in den Großstädten, dann ist danach eine Verschärfung der Krise unverkennbar.

Eine besonders starke Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in den beiden Buchmetropolen Berlin und Leipzig zu verzeichnen. So stieg in Leipzig die Zahl der Arbeitslosen von 473 auf 676 und die der Kurzarbeiter sogar von 1081 auf 4690, also mehr als das Vierfache gegenüber Ende Dezember. Noch schlimmer steht es in Berlin. Hier stieg die Zahl der Arbeitslosen von 1677 auf nahezu 2000 und die der Kurzarbeiter auf rund 5000, so daß also in Berlin etwa 90 Proz. der Mitglieder unter wässiger oder teilweise Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Verschlechterungen in ähnlichem Umfange werden u. a. besonders noch von Eisenberg und Bielefeld gemeldet.

## Ein Jahr gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Beim Ueberblick des gewerkschaftlichen Lebens des Jahres 1925 darf man an einer Zeitschrift nicht vorübergehen, die zum ersten Male einen vollen Jahrgang vor ihren Lesern auszubreiten vermochte: „Die Arbeit.“ Sie nennt sich „Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde“ und wurde vom ADGB Mitte 1924 zur Bildung und Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre ins Leben gerufen. Ueberfliegt man den 792 Seiten starken Band des verfloffenen Jahres, dann kann man Herausgeber und Schriftleiter dieser Zeitschrift zu der erfolgversprechenden Tätigkeit beglückwünschen. Eine ungeheure Fülle von Material in bunter Mannigfaltigkeit, alle Gebiete der Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde umfassend, wurde hier geboten. Neben Auffäßen hervorragender Autoren, in denen das weite, fast grenzenlose Gebiet der modernen Gewerkschaftsbewegung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit beleuchtet wurde, finden wir die

„Rundschau der Arbeit“, eine Rubrik, in der die Tagesfragen kurz und prägnant ihre Behandlung erfahren. Neben der „Gewerkschaftszeitung“, die dem Tageskampfe gewidmet ist, war diese Monatschrift eine unbedingte Notwendigkeit. Entrückt von der drängenden Hast des Tages, kann hier in aller Ruhe und Sachlichkeit an die tiefer liegenden Probleme der Gewerkschaftsbewegung herangegangen werden. Wir müssen es uns versagen, auf den Inhalt des zweiten Jahrgangs im einzelnen einzugehen. Jeder Gewerkschaftsfunktionär sollte nicht nur Bezieher, sondern auch eifriger Leser der „Arbeit“ werden. Die verschlungenen Fäden der hochentwickelten Wirtschaft unserer Zeit werden von jedem desto leichter zu entwirren sein. An Stelle von Mutlosigkeit und Zweifel tritt Klarheit und Ueberlegung, Eigenschaften, die zur Führung des Gewerkschaftskampfes notwendig sind und alle in die Vorbereitungen schaffen für eine freiere Gesellschaftsordnung.

### Eine Erhebung über die Wirtschaft.

Die Entwicklung in unserer Wirtschaft hat schon seit langem eine eingehende Erhebung über Erzeugung und Absatz notwendig gemacht. Zweifellos haben sich unsere ökonomischen Verhältnisse gegenüber der Friedenszeit durch Verluste an Rohstoffquellen und Märkten gemäß dem Versailler Vertrag durch die Inflation, den Verlust unseres mobilen Vermögens und die mit der Stabilisierung eintretende Verteuerung der Produktion bedeutend verschoben. Ebenso dürfte unbestritten sein, daß sich unsere Wirtschaft bisher den veränderten Vorbedingungen und Voraussetzungen nicht angepaßt hat. Es gilt also, durch eine objektive Untersuchung klar zu erkennen, wie die Dinge heute liegen um so Weg und Richtung der kommenden Wirtschaftspolitik festzustellen und festzulegen. Das soll der Zweck der kommenden Wirtschaftserhebung sein.

Für den Plan einer allgemeinen Wirtschaftserhebung haben sich vor allem die Vertreter der Arbeitererschaft im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt. Sie fanden tatkräftigste Unterstützung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Erfolg der eingeleiteten Aktion war die Fertigstellung eines Arbeitsprogramms für den Verlauf der Erhebung durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Im großen und ganzen geht die von der Regierung geleistete Vorarbeit auf das Arbeitsprogramm des Reichswirtschaftsrates zurück. Sie sind soweit beendet, daß die gesetzgebenden Körperschaften nun an die Beratung eines Gesetzentwurfs für eine Erhebung der deutschen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse gehen und wir mit dieser allgemeinen Wirtschaftserhebung für den Frühling 1926 rechnen können. Die Gewerkschaften sind an der Erhebung besonders dadurch interessiert, daß diese wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis von Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Wirtschaftsentwicklung geben wird.

Die geplante Erhebung kann aber nur dann Wert haben, wenn sie zu einwandfreien und unparteiischen, also objektiven Ergebnissen kommt. Werden dafür keine Garantien geboten, dann verliert die Erhebung ihre Bedeutung. In dieser Beziehung haben wir seit

der Stabilisierung der Markt reiche Erfahrungen gemacht. Wir verweisen nur auf die Textil- und Lederenquete, deren Ergebnis gleich null war. Etwas anderes war bei der Art, wie bei uns Erhebungen veranstaltet werden, kaum zu erwarten. Einmal waren es die Interessenten, die die Erhebungen beherrschten und ihre von besonderen Rücksichten diktierten Meinungen durchsetzten; des anderen waren die Erhebungen nicht öffentlich, die Teilnehmer liebten unter sich. Darum muß die bevorstehende allgemeine Wirtschaftserhebung wesentlich anders gestaltet werden. Die Teilnehmer an der Erhebung stellen eine Untersuchungskommission, sozusagen ein Richterkollegium dar und keine Interessenvertretung. Deshalb erübrigt es sich, wie man das leider bisher getan hat, Hinz und Kunz als Syndikus dieses und jenes Verbändchens zuzuziehen. Im großen und ganzen wird die Erhebung, die in der Hauptsache ein Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zu fällen hat, eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital werden. Aus diesem Grunde ist die Berücksichtigung solcher Leute geboten, die wirklich Fühlung mit den Betrieben, mit der modernen Arbeiterbewegung haben, ohne daß sie Interessenten sind. Es kann nicht genügen, um diesem Standpunkt Rechnung zu tragen, daß die Regierung abermals Leute wie Dr. Müller und Cohen-Reuß als „Arbeitervertreter“ in die einzelnen Kommissionen entsendet.

Der Beschränkung der eigentlichen Enquetemitglieder muß eine Vermehrung der Sachverständigen gegenüberstehen. Es kommt nicht darauf an, einen Mann über die Verhältnisse in einer Industrie zu hören, sondern auch des anderen Mannes Rede zu vernehmen. Insbesondere wird Wert darauf zu legen sein, daß die Deffektivität den Verhandlungen folgen kann. Wir sind fest davon überzeugt, daß manche Aussagen in früheren Erhebungen nicht gemacht worden wären, wenn sie in Gegenwart eines Stabes von guten Kennern der Wirtschaft und des Handels gemacht werden müßten. Aus diesem Grunde muß die allgemeine Wirtschaftserhebung auch das Recht der freiwilligen Aussagen vorsehen. Bei den englischen Erhebungen erlebt man es häufig, daß sich sofort nach einer Vernehmung aus dem Zuhörerraum Stimmen

melden, die auf Grund von Geschäftsbüchern und tatsächlichen Vorgängen und Zuständen in Erzeugung und Handel gerade das Gegenteil der eben vollzogenen Aussage feststellen, die man als bare Münze genommen hätte, wenn das Recht der freiwilligen Zeugenaussage nicht gewesen wäre. Daß die Aussagen unter Eid zu machen sind, versteht sich für uns von selbst.

Aus dem Gesagten geht u. a. die Wichtigkeit der Zusammensetzung der arbeitenden Kommission hervor. Nach den von der Regierung bisher geleisteten Vorarbeiten soll der Reichsrat das Vorschlagsrecht haben, während die Regierung auf Grund des Vorschlages des Reichsrates die Mitglieder ernannt. Hier muß man die näheren Einzelheiten abwarten, um zu sehen, ob die so geplante Zusammensetzung sich brauchbar erweisen dürfte. Klarer ist schon die Art, wie die wichtige Unterkommission gebildet werden soll, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu beschäftigen haben wird. Der Vorschlag für diese Sondert Kommission geht vom Verein für Sozialpolitik aus. Die Regierung plant, Mitglieder in diese Sondertkommission zu delegieren, die dem Verein für Sozialpolitik angehören. Die Zusammensetzung der Sondertkommission hängt also stark vom Willen der Regierung ab. Deshalb erscheint gerade die Art der Bildung dieser Kommission, die starkes gewerkschaftliches Interesse hat, äußerst bedenklich.

### Produktive Erwerbslosenfürsorge und Exportversicherungen.

Infolge der Wirtschaftszerrüttung auf dem Weltmarkt hat auch die Solidität, die Zuverlässigkeit in Geldsachen und im Handel abgenommen. Die Exporteure müssen für Warenlieferungen nach dem Auslande große Summen kreditieren, ohne die Gewissheit zu haben, daß der ausländische Warenabnehmer zahlen kann oder zahlen will. Dadurch erleiden die Exporteure mitunter recht harte geldliche Verluste. Es ist bekannt, daß die deutschen Exporteure nach gewissen Ländern im Osten und Südosten Europas mehr Ware ausführen könnten, als das heute geschieht, wenn sie das Risiko, ihr Geld an faule Kunden zu verlieren, nicht zu scheuen hätten. Da man nun auf die Auslandsaufträge nicht verzichten will und kann, andererseits aber das mit ihnen verbundene Risiko scheut, hat sich der Gedanke einer Exportversicherung bei uns in den letzten Monaten stark durchgesetzt. Ihnen liegt die Ueberlegung zugrunde, das Risiko aus einem Einzelgeschäft auf mehrere Schultern zu verteilen. Der erste Schritt für die Verwirklichung dieses Gedankens ist die Gründung einer Exportversicherung, an der die Reichsregierung sich fürs erste mit 20 Millionen Mark beteiligt hat.

Augenblicklich schweben nun in der Reichsregierung Verhandlungen, die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge diesem Zwecke dienstbar zu machen. Der Gedanke ist soweit richtig, als durch die der produktiven Erwerbslosenfürsorge entnommenen Gelder die deutsche Warenausfuhr gesteigert und die Arbeitsmöglichkeit vermehrt werden kann. Dabei ist aber folgendes zu beachten: Mit Hingabe der Gelder aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge muß eine Steigerung des deutschen Exports eintreten. Die Steigerung des Exports muß eben Voraussetzung und Vorbedingung der Hergabe der Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge für diesen Zweck sein. Deshalb können diese Gelder nur dann herangezogen werden, wenn eine Firma nachweist, daß sie auf Grund dieser Maßnahmen ihren Export nach dem Auslande steigern konnte. Es kann also nur eine Verwendung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den zusätzlichen Export in Frage kommen.

## Bücherproduktion und Bücherabsatz.

Wenn alle Gewerbebezüge danieliegen, dann kann auch der Bücherabsatz nicht glänzend sein. Es kommt hinzu, daß es sich beim Buch, sofern es nicht zu wissenschaftlichen Zwecken oder in Schulen usw. gebraucht wird, nicht um einen Gegenstand des täglichen Bedarfs handelt. In der Zeit der wirtschaftlichen Not fehlt es den allermeisten Volksgenossen an der Zeit und an der nötigen inneren Ruhe, ein Buch in die Hand zu nehmen. Das ganze Interesse ist auf den notwendigen Lebensunterhalt gerichtet, jeder Nerv ist angespannt in dem Streben, ohne Schaden über die schwere Zeit hinwegzukommen. Hinzu kommt die schwache Kaufkraft des überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung. Verbunden damit ist deren Umschichtung, die ehemals breite Schichten von Buchkäufern in ein Nichts versinken ließ und ihnen die Möglichkeit nahm, als Buchkäufer aufzutreten. Dies alles sind Dinge, die ihren Teil zur Krise im Buchabsatz beitragen. Und es scheint leider, daß es noch eine geraume Zeit so bleiben sollte.

Hinzu kommt noch ein anderes, worauf in Nr. 1 der „Mittellungen der Berliner Industrie- und Handelskammer“ hingewiesen wird:

„Die Kurzelektüre, wie sie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in den „Magazins“ gepflegt wird, hat auch erfolgreich in Deutschland dem Buch die Existenz streitig gemacht. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese für den Buchabsatz zunächst bedenkliche Entwicklung sich zu einer dauernden auswirken braucht. Es kann auch gerade die zunehmende Schwierigkeit der wirtschaftlichen Lage, die zu einer Abwehr von Leuselichkeiten zwingen wird, wieder zur Vertiefung und Verinnerlichung des Buches führen. Gegenwärtig ist davon aber noch nichts zu spüren.“

Die Auslandsmärkte hatten früher für den deutschen Buchhandel eine große Bedeutung, namentlich für wissenschaftliche Werke und Musikalien. Was oben von Deutschland gesagt wurde, gilt aber in den meisten Fällen auch vom Ausland. Auch hier Verminderung der Kaufkraft, Vernichtung großer Käuferschichten durch valutatische Verhältnisse oder durch den Krieg. Hinzu kommt, daß die deutschen Bücherpreise verhältnismäßig sehr hoch sind. Dies drückt sich namentlich in den niedervalutarischen Ländern aus angesichts des Hochstands der heutigen deutschen Währung.

Demgegenüber steht eine verhältnismäßig hohe Produktion, die wohl in jeder Beziehung die Höhe der Friedenszeit erreicht. Sie ist jedoch sehr breit angelegt und auf einen viel größeren Absatz zugeschnitten. Den rund 18500 Neuerscheinungen des Jahres 1924 steht eine Produktion des Jahres 1925 von einschätzungsweise 25000 neuen Werken gegenüber. Die Steigerung der Neuerscheinungen beträgt also rund 40 Prozent in einem Jahre, das keineswegs als ein normales bezeichnet werden kann. Sollte die tiefgehende deutsche Wirtschaftskrise länger anhalten, dann wird sich voraussichtlich diese über den Bedarf hinausgehende Produktion nicht aufrechterhalten lassen. In den angezogenen Mitteilungen der Berliner Industrie- und Handelskammer“ heißt es hierüber:

„Da die Käuferschichten verfallen und versagen müssen, ist das ganze Gebäude der Produktion insofern auf Sand gebaut, als die eingeräumten Kredite nicht eingelöst werden können. Hier liegt wohl das stärkste Gefahrenmoment für die nächsten Monate, hier liegt auch der Angelpunkt, an dem der Gesundungsprozeß einsetzen wird und einsetzen muß. Die

Produktion wird sich umstellen müssen auf eine normale Friedenstätigkeit, die Verlagstätigkeit wird nur insofern fortgeführt werden, als einigermaßen mit einem regulären Absatz zu rechnen ist. Erst wenn die Produktion und der Absatz wieder kommunizieren, erst wenn der Handel den Strom der Produktion wieder im regulären Rhythmus aufnehmen und an die Verbraucherschaft fortleitet kann, wird die Krise als überwunden gelten, und man wird an den Wiederaufbau herantreten können.“

Diese Äußerungen mögen etwas vom buchhändlerischen Standpunkt gefärbt sein, es läßt sich trotzdem nicht leugnen, daß sie einen Kern von Wahrheit in sich bergen. Eine über den Bedarf hinausgehende Erzeugung kann nicht lange fortgeführt werden, das ist nun einmal der kategorische Imperativ der Warenproduktion. Einmal muß es zum Stillstand und damit zur einschneidenden Krise in der Bücherproduktion kommen. Gewiß braucht man nicht schwärzer zu sehen, als es erforderlich ist, aber die Verhältnisse zu betrachten, wie sie sind und nicht wie sie sein sollten, halten wir für notwendig. Für unsere Kollegenschaft bedeutet hier gerüstet sein alles. In einer starken gewerkschaftlichen Organisation findet die Arbeiterchaft im Buchbindergerbe das einzig wirksame Mittel, bei noch schlechter werdender Konjunktur nicht ganz ohne Halt zu sein. Mögen dies unsere Kolleginnen und Kollegen alleamt einsehen und ihre Maßnahmen darauf einstellen.

### Die Bekämpfung der Lungentuberkulose.

X. Die Bekämpfung der Lungentuberkulose sehen die Krankenkassen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben mit an. Die Mittel, die dafür aufgebracht werden, würden zum Teil ihren Zweck verfehlen, wenn nicht eine Einheitslichkeit in der Bekämpfung der Tuberkulose durch alle Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichsinvalidität, die gesetzlichen und privaten Wohlfahrtsvereinigungen) erfolgen würde. Aus diesem Grunde hat der Untersuchungsausschuß für die Sozialversicherung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose mit den Trägern der Sozialversicherung Verträge für die Beteiligung auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung angenommen. In erster Linie soll zur planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose jedem Tuberkulösen, ob er versichert oder nicht versichert ist, eine geordnete Fürsorge zuteil werden. Für die Durchführung dieser fürsorglichen Maßnahmen werden Tuberkulose-Fürsorgestellen in den Städten und Industriezentren errichtet, die durch Gemeinde-Pflegestationen (Schwesternstationen) auf dem Lande ergänzt werden. Für den Bereich einer Landesversicherungsanstalt soll eine Arbeitsgemeinschaft der Sozial-Reichsversicherungsträger gebildet werden, deren Aufgabe es sein muß, für die finanzielle Sicherheit der Tuberkulosefürsorgestellen bzw. Gemeindepflegestationen zu sorgen, weiter einen zuverlässig arbeitenden Nachrichtendienst bezüglich eines jeden Tuberkulösen zwischen den Mitgliedern der Versicherungsträger und den Tuberkulosefürsorgestellen, den Heilstätten und Krankenanstalten einzurichten und für die Durchführung des Heilverfahrens für heilbare und besserungsfähige Tuberkulöse besorgt zu sein. Die Unterbringung der anstehenden, unheilbaren Kranken in geeignete Anstalten zu veranlassen und Richtlinien für ein einheitliches Heilverfahren in der Kinderfürsorge, sowohl hinsichtlich der Kostenübernahme wie auch der Art der Unterbringung nach Krankheitszuständen, festzulegen, ist ebenfalls Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft. Bei der Auswahl und Sichtung der Kinder ist auf die Mitwirkung der Tuberkulosefürsorgestellen, Schul- und Kommunalärzte Bedacht zu nehmen. Weiter soll die Arbeitsgemeinschaft ihr Augenmerk auf die Förderung der Fortbildung von

Ärzten — insbesondere Fürsorge-, Kreis- und Schulärzte — in der Erkennung und Behandlung der Tuberkulose richten. Das gleiche gilt auch für die Fürsorge- und Gemeindefürsorgern.

Für die Aufnahme in Lungenheilstätten sollen nur aktive Tuberkulöse aus allen Stadien, die Aussicht auf Heilung und Besserung bieten, in Betracht kommen. Unheilbare sollen in einer Tuberkuloseheilstätte nur so lange bleiben, soweit dadurch die eigentlichen Aufgaben der Anstalt nicht beeinträchtigt werden. Die Tuberkulosebehandlung für Erwachsene wie für Kinder in den Heilstätten soll nach den Grundsätzen klinischer Krankenhäuser gestaltet werden. Die Leistungen werden außerdem dazu beitragen, daß in Zukunft angustellende Ärzte der Tuberkuloseheilstätten nur Fachärzte auf dem Gebiete der Tuberkulose sind und eine gute Ausbildung für innere Medizin haben. Eine besondere Aufgabe der Versicherungsträger wird es sein, den Kurserfolg nach beendetem Heilverfahren sicherzustellen und vor allem ihr Augenmerk auf wirtschaftliche Fürsorge hinsichtlich der Wohnung, Nahrung, Kleidung und Arbeitsbeschaffung zu lenken.

Durch diese Vereinbarungen ist auf dem Gebiete der Bekämpfung der Lungentuberkulose ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Die Sozialversicherungsträger werden im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bestrebt sein, diese Richtlinien so durchzuführen, daß sie den Zweck wirklich erfüllen, für den sie geschaffen sind.

### Ausfekerunterstützung in Sachsen.

Zu dem entsprechenden Artikel in unserer letzten Nummer wird uns mitgeteilt, daß die dort angegebenen Grundsätze bereits wieder überholt sind. Man schreibt uns dazu:

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat in dem neuesten Nachtrag zu den sächsischen Ausführungsvoorschriften darauf hingewiesen, daß Kurzarbeiter-Unterstützung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge auch weiterhin anzulässig ist.

In dieser Nachtragsverordnung werden neue Grundsätze für die Unterstützung der Ausfeker aufgestellt, die zu folgender Neuregelung der Ausfeker-Unterstützung führen:

1. Kurzarbeiter ist derjenige, der innerhalb einer Woche (nicht unbedingt Kalenderwoche) überhaupt noch arbeitet. Für diese Personen besteht keine Möglichkeit, sie aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen.
2. Ausfeker-Unterstützung kommt nur dann in Frage, wenn das Ausfeken länger als 6 Werkstage hintereinander dauert.
3. Wechsel 1 Woche Ausfeken mit 1 Woche Arbeit ab (loggen, Schichtwechsel), dann kommt Ausfeker-Unterstützung nicht in Frage.
4. Für die Wartezeit gelten bei Ausfekern die gleichen Bestimmungen wie für Vollerwerbslose, in der Regel beträgt sie also 3 Tage.

Wir müssen schon dringend darum ersuchen, daß uns Mitteilungen, die wesentliche Teile unserer Mitglieder stark interessieren, ohne Verzögerung zugehen. Reklamationen und Vorwürfe der Schriftleitung gegenüber sind unangebracht, solange man selbst in bezug auf Berichterstattung völlig verlagert.

### Buchbinder, die nicht Lesen dürfen.

Wie Etienne Basquier in seinen „Recherches sur la France“ feststellt, mußte jeder Buchbinder, der bei dem französischen Rechnungsbüro tätig war, schwören, daß er nicht lesen könne, damit er nicht in die Geheimnisse des Hofes eindringe und das, was er dort erfährt, weiter verbreite.

Das gleiche war übrigens der Fall bei den Buchbindern, die im königlichen Hause und in den öffentlichen Verwaltungen tätig waren. Darauf dürfte auch der Umstand zurückzuführen sein, daß die Titel mitunter so eigenartig gesetzt waren, daß sie kaum noch leserlich erschienen. Erst mit der großen französischen Revolution verschwanden diese Vorschriften.

In eigenartigem Gegensatz hierzu steht einmal der Umstand, daß in Deutschland im Mittelalter das Buchbindergerbe im allgemeinen von durchgefallenen Studenten ausgeübt wurde, zum andern die uns heute unerlässlich erscheinende Fachforderung, daß es Aufgabe des Buchbinders ist, seinen Einband mit dem im Schriftwert niedergelegten Gedanken in Einklang zu bringen. („Papier-Zeitung“)

# ZUR UNTERHALTUNG

## Die beste Sparkasse.

Zwar kann der Arbeitsmann von seinem Lohn  
Nicht einen Groschen auf die Kante legen.  
Trotz seines Fleißes, seiner harten Fron  
Begleitet ihn Frau Sorge allermorgen.  
Nach jedem Lohntag hat er Defizit,  
Sein Soll ist stets geringer als sein Haben.  
Je nun: ein Habenichts wird nie fallit,  
Doch darf er Mut und Hoffnung nicht begraben.

Trotzdem kann auch der ärmste Arbeitsmann  
Sich einen Fonds auf einer Kasse sparen,  
Den er bei Not in Anspruch nehmen kann,  
Um seiner Existenz das Soll zu wahren.  
Die Kasse hütet sein erspartes Geld  
Und zahlt ihm täglich reichliche Prozente,  
Sie gibt ihm mehr, als sie von ihm erhält  
Und steigert ständig seine Lebensrente.

Die Kasse, die so hoch das Geld verzinst,  
Ist allezeit nur die Gewerkschaftskasse.  
Der Beitrag ist das Spargeld, ist Gewinn  
Des Arbeitsmanns und seiner ganzen Klasse.  
Der Beitrag, das Verbandsbuch schwellt die Kraft  
Des Arbeitsvolks zur Wucht von Ungewillern.  
Sie ist die Kraft, die ihm die Macht verschafft,  
Vor der die Prediger des Mammons zittern.

Victor Kallnowski.

## Der Bücherfreund.

Von Alfred Huppert.

Drei junge Bücher durchschritten gemächlich die  
beliebtesten Straßen. Die Auslagen in den Schau-  
fenstern übten einen Reiz auf sie aus, sodas sie  
minutentlang davorstanden und ihre Augen ver-  
langend auf seine Konfitüren, verlockende Zigaretten-  
packungen, auf blühende Stahlwaren und auf seidene  
Selbstbinder fielen.

Wohl lag dieses alles so nahe vor ihren Augen  
und doch war es unerreichbar für sie; denn Lehrlinge,  
die haben wenig Taschengeld! Jetzt wollten sie jucken  
an den großen Schau fenstern einer Buchhandlung  
vorübergehen, als Hermann seine beiden Freunde  
Heinrich und Willi zurückrief und sie zur Besichtigung  
der herrlichen Buchauslagen aufforderte.

„Für Bücher habe ich sehr wenig Interesse,“ be-  
kundete Heinrich, der noch immer abseits stand, wäh-  
rend Willi schon bei seinem Freund Hermann weilte  
und auch gestand, „nichts für Bücher übrig zu haben.“  
„Bücher sind einem guten Freunde gleichzu-  
stellen,“ erwiderte Hermann.

„Na, mein Taschengeld werde ich zu anderen  
Zwecken ausgeben!“

„Ich auch!“ prahlte Heinrich. „Für das Geld  
kann ich mich mit einem Wädel gut amüsieren, da  
hat man etwas davon!“

„Ich bin anderer Meinung,“ versicherte Her-  
mann, „und ich strebe danach, auch einmal solch eine  
Bibliothek zu besitzen wie sie mein Onkel hat.“

„Da hast du einen reichen Onkel.“

„Reich? — Nein, — an Gelde nicht, höchstens  
an Wissen!“

„Was ist denn dein Onkel?“

„Ein Arbeiter! — Buchbinder!“

„Und der soll so viel Bücher besitzen?“

„Ja! — Wollt Ihr dessen Bibliothek einmal  
sehen?“

Wenn auch Hermanns Freunde anfänglich wenig  
Interesse vorbrachten, dann waren sie doch bereit, den  
Bücherfreund, der zu den Arbeitern zählte, mit Her-  
mann zu besuchen.

An einem Sonntag nachmittag war es, als der  
Onkel seinen Neffen und dessen zwei Freunde empfing,  
wo er sogleich bereit war, und den Bücherfreund

öffnete und stolz seinen Schatz den jungen Leuten  
zeigte.

„Das ist doch etwas Schönes!“ entfuhr es Willi.  
„Ja, das hätte ich mir nicht gedacht!“ sprach  
Heinrich.

Seine Augen fielen auf Hunderte von goldver-  
zierten Buchrücken. In farbigen Ketten, nach ihrer  
Art geordnet, standen die Bücher wohlverwahrt im  
Schrank.

„Ja, darüber hat sich stets ein jeder Mensch  
gefreut und mich fast darum beneidet,“ entgegnete der  
Onkel.

Er zog wahllos einige Bücher heraus und legte  
sie den jungen Leuten auf den Tisch.

Schwere, wie auch leichte Kost. Reichhaltig war  
die Art der Auswahl! Neben guten neuen Romanen  
von Paul Keller, Rudolf Herzog, Richard Voß, Haupt-  
mann und Sudermann, lagen Werke von Bölsche und  
Meyer, für die heitere Muse alle Sachen von Wilhelm  
Busch. Dann waren sämtliche klassischen Dichter ver-  
treten und eine große Anzahl älterer wie auch  
moderner Bühnenwerke. Als sich die jungen Leute  
von der Reichhaltigkeit der Bibliothek überzeugt hat-  
ten, sprach Hermann: „Und nun, Onkel, erzähle ein-  
mal, wie deine Bücherei entstand.“

„Gern will ichs,“ erwiderte der Onkel, stopfte sich  
die Pfeife, blies einen Rauchschwamm hervor, und hub an:

„Die Gründung meiner Bibliothek reicht bis in  
meine Schuljahre zurück, und davon will ich euch eine  
kleine Episode erzählen. Von meinen Schulkameraden  
hatte ich die größte Sammlung von Indianerschwarzen.  
Ich sorgte damit für Lesestoff und Latendrang. Ich  
wurde bestürmt um leihweise Hergabe der Indianer-  
bücher. Mein Unternehmen fand ungeteilten Beifall,  
um so mehr, da ich im Gegenzug zur Schulbibliothek  
meine Bücher kostenlos entlieh.“

Die Kämpfe der Siouxindianer und der Apachen  
interessierten meine Freunde mehr als die dicken  
Bände der Schulbibliothek. Sie fanden an den  
geschichtlichen Ereignissen wenig. Was war die alte  
Donnerbüchse gegen den Tomahawk, die Streitart?  
Wie nützlich das Tabakkollegium des alten Frihen  
gegen die Friedenspfeife, was war ihnen das dumpe  
Bürgerversteck gegen den Marterspahl der Rothhäute,  
und Wilhelm Tells berühmter Pfeil — ah, er war  
ja nicht vergiftet! Einen wirklichen Anreiz zum  
nützigen Spiel gab uns nur das Lesen der Indianer-  
bücher.

Zwei Jahre hindurch waren ich und noch einige  
Kameraden die Versorger mit solchem Lesestoff. Dann  
schwebte eine Wolke des Unheils über uns. Lehrer  
Hartmann war ein erbitterter Gegner dieser Lektüre  
er und verbot uns das Mitbringen solcher Bücher in  
die Unterrichtsstunde. Er empfahl uns die Schul-  
bibliothek, die nur gute Bücher aufzuweisen habe.

Die Schulbibliothek! — Da ich für das Ausleihen  
der Bücher nichts bekam, konnte ich sie als Konkurrenz-  
unternehmen nicht betrachten. Das Ausleihen meiner  
Bücher wurde heimlich fortgesetzt; nur bat ich meine  
Freunde, die Bücher nicht mit in die Unterrichtsstunde  
zu bringen. Aber wenige Wochen vor Ostern, vor  
meiner Schulentlassung erreichte mich und noch einige  
andere das graufame Schicksal.

Bei einer Turnstunde wurden wir geschonappt  
„Wer von euch hat Indianerschwarzen mit?“  
fragte Lehrer Hartmann. Alles schwieg!

„Keiner? — Das ist ja prächtig! — Seibel und  
Hietel, in die Garderobe — Sachen nachsehen!“

Uns traf der Schlag! Das hatten wir nicht  
ermartet!

Ich hatte 16 Stück bei mir, sollte ich mich melden?  
Hätte nicht ein jedes Buch mit einem Stempel  
meinen Eigentumsvermerk gehabt, ich hätte geklagt, der  
Besitzer solch strafbarer Schriften zu sein!

Aber da trat schon mein lieber Freund Richard  
vor.

„Herr Lehrer, ich habe — — — — —“

„Al! Sieh mal an!“

Jetzt trat mein Freund Bost aus den Reihen.  
Nun hielt es mich auch nicht länger. Auch ich trat  
zum Lehrer hin. Der aber lachte grimmig auf.

Indessen hatten die Revisoren ihre Tätigkeit

folgreich“ beendet, sie stürmten mit einem Häufchen  
Bücher in den Turnsaal. Der Lehrer las laut den  
Titel von jedem Buche und der Eigentümer mußte  
sich jedesmal melden, erhielt aber die Bücher nicht  
zurück.

Sechzehnmal mußte ich mich beim Aufruf melden.

Ich war wohl der reichste, aber der am meisten  
zu bedauernde Bücherinhaber. Für ein jedes Buch  
gab es mit dem Stode eins hintenüber; ich aber  
erhielt eine Ermäßigung von 50 Proz., was aber  
immerhin genügte, mir die Liebe zu den Indianer-  
schwarzen auszutreiben. —

Am dem letzten Schultag die feierliche Würde zu  
geben, forderte uns Lehrer Hartmann auf, gute  
Bücher zum Vorlesen mitzubringen.

Unter den vielen Büchern, die auf dem Lehr-  
pult lagen, befand sich auch eins von mir.

Der Lehrer besah sich ein jedes Buch und fragte,  
wem dieses oder jenes gehöre.

„Die schönsten Sagen des klassischen Altertums —  
wem gehört das?“

„Mir, Herr Lehrer!“ rief ich.

„Befriedigt sah der Lehrer auf mich. „Nun, so  
haben doch die Schläge Ihren Zweck erfüllt! Dies stets  
nur solche Bücher,“ sagte er.“

Darauf schlug er mein Buch auf und las:  
„Theseus bei Minos“ vor.“

Das wäre also die kleine Episode gewesen. Das  
Buch zielt heute noch meine Bibliothek.

Der Onkel brachte das Buch hervor. „Hier ist  
das Buch, hier sind die Sagen vom Herkules und die  
Geschichten von Jason und der Medea enthalten. Es  
lohnt auch heute noch zu lesen. Ein gutes Buch  
bleibt allein ein treuer Freund in allen Stunden, das  
merkt euch wohl, ihr jungen Leute! Hier, diese 370  
Bücher sind vom Taschengeld erworben unter großem  
Verzicht materieller Genüsse; es ist gut, nicht nur für  
leibliche, sondern auch für geistige Kost zu sorgen. In  
dieser Sammlung steckt zugleich mein Leben und —  
rate euch, habt auch für gute Bücher Zeit und Geld  
übrig; vielleicht hat euch mein Schatz die Augen  
geöffnet und ich wünschte, euer Besuch zu mir möchte  
nicht vergeblich gewesen sein.“

Der Onkel entließ die beiden jungen Leute,  
während der Nefse noch bei ihm blieb und sich an den  
Hauschatz seines Onkels auf einige Stunden ersteht.

## Gesundheitliche Volksbelehrung.

Der Gesundheitszustand der arbeitenden deutschen  
Bevölkerung ist in den letzten Jahren durch die ver-  
schiedensten Einwirkungen erheblich gesunken. Alle  
Versuche, dieser Erscheinung einen Damm entgegen-  
zusetzen, sind infolge der oft untauglichen und unzu-  
reichenden Mittel mehr oder weniger gescheitert. Am  
besten wird diese Tatsache durch die augenfälligen über-  
aus hohe Krantenziffer der Ortstrankenfällen  
illustriert. Die Gefährdung des Gesundheitszustandes  
wird aber nicht nur durch äußere Ursachen hervor-  
gerufen, auf die der einzelne sehr oft gar keinen  
Einfluß hat, sondern auch durch die Einstellung des  
Individuums zu den Fragen der gesundheitlichen  
Lebensführung, die bestimmt von ihm selbst mit ab-  
hängen wird.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß in den  
meisten Kreisen unseres Volkes eine verhängnisvolle  
Unkenntnis über den Bau des mens-  
lichen Körpers und die Lebensvorgänge  
herrscht. Daraus resultieren auch viele Schädigungen,  
die bei genügender Kenntnis des Lebens und seiner  
Vorgänge nicht eintreten würden. Es ist deshalb  
durchaus angebracht, zu fordern, daß auf diesem  
Gebiete Anstrengungen gemacht werden, die die  
Erörterungen dieser Fragen in breitesten Volkstreffen  
zum Inhalt haben. Die beste Möglichkeit dazu geben  
zweifellos die Schulen, die auch heute schon einige  
Arbeit auf diesem Gebiete leisten. Um aber wirkliche  
Erfolge zu erzielen, wird es notwendig sein, daß der  
Unterrichtsplan, namentlich der Volksschulen, so aus-  
gebaut wird, daß eine systematische Belehrung der  
heranwachsenden Jugend über diese Fragen möglich ist.

An sich ist diese Forderung so selbstverständlich und entspricht auch der ungeheuren Bedeutung der Gesundheit für die Entwicklung unseres ganzen Volkes, daß sie eigentlich überflüssig sein müßte. Wenn das nicht der Fall ist, dann liegt es zum großen Teil daran, daß bei der Erziehung der Kinder die verschiedensten Rücksichten und Bedenken auf überwundene Anschauungen genommen werden, die aber verschwinden müssen, wenn man das dadurch geschaffene Unheil dazu in Beziehung setzt.

Der Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann, wird zwar oft erwähnt, praktisch kommt er aber erst dann zur Geltung, wenn diejenigen, auf die er angewendet werden soll, über ihren Körper und die Lebensvorgänge eingehend unterrichtet sind. Der Vorteil, der aus einer solchen Einstellung entspringt, überwiegt die gegen ihn geäußerten Bedenken in so hohem Maße, daß alles getan werden muß, um auf diesem Gebiete endlich die den Verhältnissen entsprechenden Fortschritte zu erzielen. Die Durchführung dieser Forderung dürfte nicht auf allzu große Schwierigkeiten stoßen.

### Größe oder Bier?

Wer kann wissen, ob wir nicht über kurz oder lang noch einmal zu einem Volksentscheid über die Frage aufgerufen werden, ob wir weiterhin die Verwendung von Gerste zur Herstellung alkoholartiger Getränke bewilligen wollen? Da ist es sehr lehrreich, den Nährwert der aus Gerste hergestellten Grützen und Graupen mit dem des Bieres zu vergleichen. In einer Nährwertberechnungstabelle finden wir u. a. die folgenden Angaben: Ein Kilogramm Rindfleisch enthält 3700, ein Kilogramm Schweinefleisch 3263, ein Kilogramm Kalbfleisch 1289, ein Kilogramm Graupen 3500, ein Kilogramm Hafergrütze 3926, ein Kilogramm Gerstengrütze 3521 Kalorien oder Wärmeinheiten.

Allerdings hat auch Bier einen gewissen Nährwert. Ein Kilogramm (d. h. ein Liter) Lagerbier hat 284, ein Kilogramm Weibier 225, ein Kilogramm Malzbier 529 Kalorien. Dabei bleibt der Schaden, den reichlicher Biergenuss dem Körper zufügt, ganz außer Betracht.

Dieser Vergleich ist außerordentlich bemerkenswert. Dabei ist die Verwendbarkeit von Grützen und Graupen sehr vielseitig. Man kann sie in Suppen und Breien mit oder ohne Milch, mit oder ohne Zucker, mit oder ohne Fruchtzusatz, immer mit Zusatz von ein wenig Salz oder Gewürz anrichten. Ebenso bilden Grützen, als Brei gekocht, mit Zusatz von Milch oder Buttermilch oder geschmortem Obst eine willkommene Abwechslung.

### Ein Rekord!

In der Woche vom 24. bis 31. Oktober erzielte die „Produktion“ in Hamburg einen Kleinhandelsumsatz von insgesamt 1 012 377 Mk. Es ist das in der Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung der erste Fall, daß ein konsumgenossenschaftliches Unternehmen in einer Woche einen Umsatz von über einer Million Reichsmark erzielte. Auch der Monat Oktober weist gegenüber den Vormonaten einen Rekordumsatz von insgesamt 4 153 629,83 Mk. auf. Daran sind beteiligt: Die Kolonialwarenläden mit 1 756 770,15 Mk., die Schlächterläden mit 1 308 818,35 Mk., die Brotläden mit 438 778,03 Mk. und verschiedene Spezialverkaufseinrichtungen mit 654 263,30 Mk. Auch dieser Umsatz ist der höchste, den die „Produktion“ bisher überhaupt erreicht hat. Aus diesen steigenden Zahlen läßt sich das wachsende Interesse breiter Kreise der Bevölkerung erkennen.

### Gedanken im Restaurant.

Warum ist das Bier so teuer, warum die alkoholischen Getränke noch teurer? Der dumme Gast ist ja so nährlich nach dem Bier, bezahlt Ueberpreise und bereichert so die Aktionäre der Brauerei. Eine Brauerei hat auf ihren Bieruntersätzen geschrieben: Die größte Lagerbierbrauerei der Welt. — Und diese Welt ist Deutschland, das gelobte Land der Geistesheroen; eines Goethe, Schiller, Kant, Schopenhauer u. a. Kein Land der Erde brachte solche Größen in so großer Zahl hervor wie Deutschland, und wie beschämend ist es für dieses intelligente

Volk, sich ein trinkbares Gift, wie den Alkohol in Bier, Branntwein und Likör anzugewöhnen und sich von diesem beherrschen zu lassen. Und weil die Brauereien und Brennereien durch die Dummheit des Volkes reich werden und weil die Gastwirte und Hoteliers an Bier und Likör am meisten verdienen, sehen sie nicht gern, wenn der Gast etwas anderes trinkt als Bier und Schnaps, und erhöhen darum den Preis alkoholfreier Getränke. Otto Kuphal.

### Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung.

Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsanths hat das Deutsche Reich jetzt insgesamt 62,5 Millionen Einwohner. Gegenüber 1910 mit 57,8 Millionen und 1919 mit 59,2 Millionen bedeutet das eine Gesamtzunahme von etwas über 8 Proz. Einschließlich des Saargebiets beträgt die Einwohnerzahl des Reichs etwas mehr als 63 Millionen, eine Zahl, die das alte Deutschland bereits 1907 erreicht hatte. Das männliche Geschlecht hat seit 1919 um 7,2, das weibliche um 4,2 Proz. zugenommen. Der Unterschied ist hauptsächlich durch die Rückkehr der Kriegsgefangenen und die Rückwanderung der Auslandsdeutschen zu erklären.

Von der gesamten Bevölkerung wohnt mehr als der vierte Teil in Großstädten. Die Zahl der Großstädte beträgt 45, darunter zwei Millionenstädte (Berlin und Hamburg). Die neuesten Großstädte sind M.-Gladbach, Wiesbaden, Oberhausen und Ludwigshafen; nahe an der Großstadtdgrenze angelangt sind u. a. Aachen, Bonn, Würzburg, Darmstadt, Freiburg i. Br., Remscheid, Osnabrück, Bielefeld, Zwickau, Götting, Gleiwitz und Buer. Auf den Bundesstaat Preußen entfallen 61,06 Proz. der Gesamtbevölkerung. Am dichtesten bevölkert ist, nach den drei Hansestädten, der Freistaat Sachsen mit 332 Einwohnern auf den Quadratkilometer. Dann folgen Hessen mit 176, Baden mit 154, Anhalt mit 153 Einwohnern. Preußen hat 130 Einwohner auf den Quadratkilometer und liegt damit unter dem Reichsdurchschnitt. Die bevölkerteste preussische Provinz ist das Rheinland mit 295, dann folgen Westfalen mit 238, Hessen-Nassau mit 153 und Obersachsen mit 142 Einwohnern auf den Quadratkilometer.

### Wahre Begebenheiten.

Ein Herrscher von Aesthien, dem Missionare viel von den Reizen abendländischer Musik erzählt hatten, ließ sich mit beträchtlichen Kosten ein vollständiges Orchester aus Europa kommen. Im Hinblick auf seinen kaiserlichen Rang hatte man nur ausgezeichnete Kräfte zu Mitgliedern genommen, die ein ausgewähltes Programm sinesischer Werke mitbrachten. Beim ersten Hoffkonzert entbedeten Seine Majestät stirnrunzelnd, daß einige der Künstler mitten im Spiel aufhörten und für ein Weilchen die anderen allein weiterpielen ließen. Nach Beendigung der Sinfonie machte er dem europäischen Gesandten, der die Anstellung der Kapelle vermittelt hatte, den Vorwurf, daß er ihm faule Kerle besorgt habe, die einfach mitten in der Musik aussetzten, wenn sie keine Lust mehr hätten. Der Gesandte versuchte Seine Majestät zu belehren, daß die Künstler nur die vom Komponisten verordneten Pausen einhielten, die durchaus zum harmonischen Gefüge der Musik gehörten. Die Majestät bemerkte, daß er dieses nicht nachprüfen könne und verordnete auf der Stelle, daß kein Musiker, der in seinen Diensten stünde, sich künftig mehr eine Pause zuschulden kommen lassen dürfe.

Chladny, der Erfinder des Klavierzylinders und eines Musikinstrumentes, das er Euphon genannt hat, zog im Jahre 1794 unter dem Tore einer winzigen Reichsstadt ein. Die Stadtfürgeanten fragten barsch, was er da wohlverhüllt und verschürt bei sich führe. Als sie die Antwort bekamen: „Ein Euphon!“, schien ihnen der Fall so wichtig, daß sie ihn dem Bürgermeister meldeten, während Chladny warten mußte. Der Herr Bürgermeister entschied: „Fremdländische Tiere dürfen nicht eingeführt werden!“ Chladny mußte einen Bogen um die Stadt machen.

Der vorletzte Herzog von Sachsen-Merseburg war blödsinnig, was ihn nicht hinderte, als vollgültiger Landesvater auf dem Throne zu sitzen. Außer der Freude am Essen, Trinken und Schlafen hatte er eine Leidenschaft für Baggeigen. Seine sonst ohnehin faste Sürigkeit ließ sich zu Zugeständnissen herbei, wenn

man auf diese Leidenschaft zu spekulieren verstand. Ein begüterter Paragaphenritter, dessen Besuche im Verteilung des Titels Geheimde-Rath mehrmals ablehnend beschieden worden waren, ließ eine Pfaffenbaggeige erbauen, zu der man auf einer Treppe hinaufsteigen mußte. Er machte sie untertänigst dem Herzoge zum Geschenk und sah zwei Tage später seinen Wunsch erfüllt.

Die Gemahlin dieses herzoglichen Blödlings fühlte sich durch seine einseitige Liebhoberei für Baggeigen enttäuscht und hielt sich anderwärts schadlos. Als sich die Folgen ihres Trostbedürfnisses nicht mehr verbergen ließen, wurde der Herzog mißtraulich und wütend. Er wollte, obwohl sonst bigott, auch nicht gläubig hinnehmen, daß hier sicherlich ein Fall vorliege, der mit der unbedenklichen Empfängnis der Jungfrau Maria Ähnlichkeit habe. Als ein Kindlein zur Welt kam, rief man ihn an die Wiege und zeigte ihm eine winzige Baggeige, die auf eine menschlich nicht erklärebare Weise pösiglich neben dem Kinde gelegen habe. Der Herzog zweifelte jetzt keinen Augenblick mehr, daß er in Kind und Baggeige Geschenke des Himmels vor sich habe und verleihte die letztere mit besonderer Ehrfurcht seiner Sammlung ein.

Ein Bäuerlein, das in Wien seine Verwandten besuchte, ließ sich gewissenhaft zu allen Lebenswürdigkeiten hinkucken. Da sein Kulturbedürfnis unerfüllbar war, verschaffte man ihm schließlich eine Eintrittskarte zur Oper Don Juan. Die Vorstellung löste hellen Enthusiasmus aus und Donna Elvira mußte immer wieder da capo singen. Nach der Oper fragte man das Bäuerlein, wie ihm die Oper gefallen habe. Offen erwiderte es: „Ach verthee nichts von Musik. Aber daß die eine Sängerin, die so unglücklich war, schlecht gesungen hat, habe ich doch gemerkt. Sie mußte manches ein paarmal singen.“

### Zur Arbeit.

Am Morgenbein leuchtet  
der frühe rote Tag;  
da treibt mich auf vom Lager  
ein dumpfer Glockenschlag.  
Der ruft aus süßem Traume  
zum trauten Helm hinaus  
ins in die Flammenschwüle  
ins dunstige Kesselhaus  
zur Arbeit.

Ich schreite gleich dem Krieger  
in elkenharrer Wehr  
mit Hammer, Beil und Zange  
zum Dajelnkampfe einher.  
Und wo die Bälge lausen,  
wo hell das Feuer prüht,  
singt mir die rote Flamme  
ein heißes Morgenlied  
zur Arbeit.

Des Schweiges schwerer Tropfen,  
der von der Stirn mir läuft,  
ist Tau, der auf die Saaten  
der Zukunft niederträuft.  
Kein Mordgewissen schmiedet  
die schweißharte Hand;  
sie dehnt und schweißet und hämmert  
ein ehern Friedensband  
der Arbeit.

Schlaf ruhig, du, mein Anabe,  
in treuer Mutterhut;  
auch dich ruft einst die Fröhe,  
auch dich ruft einst die Gut.  
Dann wirft in blaue Welten  
auf fernster Bräder Ruf  
du die Maschine leiten,  
die einst dein Vater schuf,  
zur Arbeit.

Zur Arbeit ruft ihr Sauten,  
zur Arbeit, nicht zur Front!  
Dann wird die Sonne schelnen  
hell auf dein Werk, mein Sohn.  
In freier Männer Kreise  
klingt dann in Nord und Süd  
jauchzend wie Siegesweise  
ein frohes Morgenlied.

Klara Müller-Jahara.

**Herunter mit den Preisen!**

Die Herabsetzung der Preise ist eines derjenigen Mittel, und zwar das wirksamste, die Wirtschaftskrise zu überwinden und den arbeitslosen Massen zu Arbeit und Verdienst zu verhelfen. Die neueste Aktion der Reichsregierung ist dazu angelegt, diesen Weg mit hoffentlich mehr Erfolg weiter zu beschreiten. Unsererseits wurde noch nie ein Zweifel darüber gelassen, daß die hohen Warenlager den Tod der produktiven Wirtschaft bedeuten. Es ist gut, auch andere Kreise darüber zu hören. In dem neuesten Bericht der Commerz- und Privatbank lesen wir:

... Die volle Auswirkung der Deflationstriffs hat sich im verflochtenen Jahre im Preisstand noch nicht geltend gemacht. Erst dann ist die Grundlage für den Wiederaufstieg gewonnen, wenn ein Abbau des Preisniveaus der Kaufkraft im Innern zugute kommt und gleichzeitig neue Ausführungsmöglichkeiten zu schaffen geeignet ist. Diese Voraussetzung des Wiederaufstiegs und damit die Beendigung der Deflationstraffe herbeizuführen, wird die wichtigste Aufgabe einer rationalen deutschen Wirtschaftspolitik des kommenden Jahres sein. Abgesehen von der ... Entblößung der deutschen Wirtschaft von liquiden Mitteln hat sich die mangelnde Konsumkraft des deutschen Volkes aus schärfster bemerkbar gemacht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Korrektur des Preisniveaus gerade in diesem Punkte ausgleichend zu wirken vermag. ... Man beachtet zu wenig, daß der deutsche Wirtschaftskörper trotz der durch den Friedensvertrag erlittenen Verluste noch immer ein gewaltiges Arbeits- und Konsumgebiet darstellt. Gelingt es in der Tat, eine Ermäßigung des Preisstandes zu erwirken, dann dürfte die Ausfuhr, besonders in Fertigfabrikaten, einen erheblichen Aufschwung nehmen, zumal auf Grund der billigen Inlandspreise der Anreiz zum Import ausländischen Fabrikate herabgemindert wird. ... Eine Senkung des Preisniveaus würde ganz automatisch den Import zurückdrängen und den Export steigern und damit ganz von selbst der Aufnahme neuer Schuldverpflichtungen entgegenwirken. ...

Dieser Meinung der Commerz- und Privatbank brauchen wir nichts hinzuzufügen. Die Stärkung der inneren Kaufkraft ist das A und O aller vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Damit erübrigt sich auch das Geschrei über die hohen Löhne.

**Die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik.**

Die wirtschaftlichen Krisen, unter denen die deutsche Volkswirtschaft mit nur kurzen Unterbrechungen seit Beendigung des Krieges leidet, haben im Verlaufe der Jahre einen sehr verschiedenen Charakter gezeigt. Dementsprechend hat man ihnen auch je nach ihrer besonderen Art verschiedene Namen beigelegt. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise nahm ihren Anfang mit der Stabilisierung der deutschen Währung, weshalb man sie Stabilisierungskrise und, da dabei eine Auscheidung der in der Kriegszeit und während der Inflationsperiode entstandenen, oft recht zweifelhaften Unternehmungen zu beobachten ist, auch als Reinigungs-krise bezeichnet. In gewissem Umfang entspricht diese Bezeichnung den Tatsachen. Aber doch nur teilweise. Die Ausbreitung der Krise geht längst über diesen Rahmen hinaus, sie hat sich zur allgemeinen Wirtschaftskrise, zur Absatz- und Kreditkrise entwickelt. Die Kaufkraft der Verbraucher ist auf das äußerste eingeschränkt, teilweise völlig erschöpft. Den Betrieben gehen infolge geringen Absatzes die Mittel für ein weiteres Durchhalten aus und selbst alte, solide Unternehmungen sehen sich zu Stilllegungen gezwungen. Als Wirkung des sinkenden Absatzes ist die Zahl der Konturfe und Geschäftsaussichten in starkem Steigen begriffen. Während z. B. im Oktober 1925 noch 967 Konturfe zur Anmeldung gelangten, waren es im November bereits 1343, die wegen Mangel an Masse abgelehnten Anträge nicht eingerechnet. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Geschäftsaussichten von 633 auf 1164.

Mit Recht wurde dieser Niedergang der deutschen Wirtschaft im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags von dem früheren sozialdemokratischen Finanzminister Sillberding als eine Folge der schon seit 1914 zu beobachtenden falschen Steuerung der Wirtschaft bezeichnet, jener Finanzpolitik, die in ihren Auswirkungen mit dem Verlust des Krieges den Zusammenbruch der deutschen Währung und jene ungeheure Verschiebung der Besitzverhältnisse herbeiführen mußte, wie sie in der Vernichtung des Mittelstandes, der Flucht des Industrie- und Handelskapitals in die Sachwerte sowie durch die fortschreitende Kartellierung eintrat. Das Großkapital war dadurch in der Lage, eine Enteignung des mittleren Besitzes, der kleinen Rentner und Sparer, in einem Ausmaß vorzunehmen, wie es die schärfsten Steuerzugriffe des Reiches nicht möglich gemacht hätten. Diese falsche Finanzpolitik ist in der Folgezeit zum Schaden der nicht bestehenden Volksschichten fortgesetzt worden, sie hat in den Schulzöllen ihre Krönung erfahren. Sie ermöglichte es, trotz des allgemeinen Warenhungers, die ausländische Konkurrenz weiter von der Uberschreitung der Reichsgrenzen fernzuhalten und den Industrietypen Gelegenheit zu bieten, die technische Rückständigkeit der deutschen Industrie aufrecht zu erhalten, in die sie während der Kriegsjahre infolge der Abschließung vom Weltmarkt geraten ist.

Die Vertraulichkeit und Kartellierung von Industrie und Handel ist eine allgemeine Erscheinung. Am stärksten dürfte sie aber zurzeit in Deutschland vorgehritten sein, wird doch die Zahl der Industrietartelle auf 2600, die der Handelstartelle auf 400 angegeben. Zwischen den ausländischen Trusten und den deutschen Kartellen besteht aber ein großer Unterschied. In Amerika z. B. wirken die Truste dahin, die kleineren und unrentablen Betriebe auszuscheiden, Produktion und Verteilung mit den vollkommensten technischen und organisatorischen Hilfsmitteln zu betreiben, die Preise zu ermäßigen und so dem Absatz immer weitere Gebiete zu erschließen. Hier ist der Grundlag maßgebend: Großer Umsatz — kleiner Nutzen! Im Gegensatz dazu dienen die deutschen Kartelle fast ausschließlich der Hochhaltung der Preise. Ihnen sind auch die technisch rückständigsten und unrentabelsten Betriebe angegliedert. Die Preisfestsetzung erfolgt so, daß auch diese Betriebe noch einen Gewinn abwerfen. Auf diese Weise finden die hohen Preise in Deutschland eine sehr einfache Erklärung.

Diese Duldung und Berücksichtigung der technisch rückständigen und daher unproduktiven Betriebe könnte als kapitalistische Mittelstandretterei betrachtet werden. Von solchen Beweggründen läßt sich jedoch das Großkapital nicht leiten. Es duldet diesen Zustand nur deshalb, weil ihm daraus besondere Vorteile, sogenannte Differentialgewinne zufließen. Das ist nichts anderes als Raubbau an der Wirtschaft, der sich in jedem Falle früher oder später rächen muß, weil er zur Zerstörung der Kaufkraft des Volkes, zur Unterbindung des Absatzes, zur Stilllegung der Produktion und zur Massenarbeitslosigkeit führt. Diesen Zustand haben wir in der gegenwärtigen Krise. Der von den Wirtschaftstreibern beklagte Kapitalmangel sowie die allgemeine Kreditnot sind im wesentlichen ihre Begleiterscheinungen. Und eine Besserung dieser Verhältnisse ist nur von einer Abkehr von der bisher verfolgten Produktions-, Preis- und Zollpolitik zu erwarten.

In gewissen Kreisen der Industrie und des Handels dämmert so etwas wie Erkenntnis auf, daß es mit dieser Politik nicht mehr weiter geht, die Umstellung zu einer anderen Wirtschaftspolitik vorgenommen, insbesondere die sich viel zu langsam vollziehende Rationalisierung der deutschen Produktion beschleunigt werden muß. Dazu sind aber beträchtliche Mittel erforderlich, zu deren Aufbringen die Industrie sich unfähig erklärt, weshalb der Reichsverband der deutschen Industrie in seinem vor kurzem veröffentlichten Wirtschaftsprogramm das Reich anfordert, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Weg, der hierzu vorgeschlagen wird, ist sehr einfach. Es wird dem Reiche, den Ländern und Gemeinden angefohlen, ihre Ausgaben um 20 Proz. herabzusetzen und den so erzielten Mehretrag an Steuern ohne einen Einflußnahme oder Beteiligung an der Produktion über die Kreditbanken der Industrie zuzuleiten. Daneben werden in dem Wirtschaftsprogramm noch einige

weitere Kleinigkeiten, wie Reform der Eisenbahn- und Posttarife, Verbilligung der öffentlichen Kredite, Handelsverträge usw. verlangt. Bei Eingehen auf diese Wünsche wollen sich die Industriellen dazu befehlen, von einer zwangsweligen Festlegung der Löhne durch den Staat abzusehen, sich mit dem Achtstundentag abzufinden, sofern er nicht schematisch festgelegt wird und sich schließlich auch mit der Fortführung der Sozialpolitik einverstanden zu erklären, vorausgesetzt, daß sie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht und Mittel dafür übrig bleiben.

Wie man sieht, verstehen es die Industriellen, Forderungen zu stellen. Von Bescheidenheit ist dabei wenig zu spüren! Diese war aber betanternmagen nie ihre schwache Seite! Sie verstehen es auch, Bedingungen zu stellen, die freilich von der Arbeiterschaft als unannehmbar zurückgewiesen werden müssen. Auch für das Reich dürften die Zeiten vorüber sein, wo es sich dem Diktat des großindustriellen Kapitals fügen muß. Jetzt sind es die Industriellen, die um die Hilfe des Reichs nachsuchen und diese es ist verpflichtet, im Interesse der gesamten Wirtschaft seine Bedingungen zu stellen. Insbesondere darf die der Industrie zu gewährende Hilfe die sozialen Leistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden nicht beeinträchtigen. Ebenfalls wenig kann den die Einschränkung des Achtstundentages fordernden Wünschen des Unternehmertums stattgegeben werden. Unter allen Umständen ist ferner darauf zu dringen, daß sich das Reich bei Gewährung von Krediten an die Industrie den für eine fortschrittliche Umstellung der Wirtschaft erforderlichen Einfluß sowie eine möglichst weitgehende Beteiligung an deren Erfolge sichert. Nur so ist Aussicht vorhanden, daß die Hilfsmahnahmen des Reichs nicht zu neuer Bereicherung des Industrietapitals, sondern zu einem Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens führen.

Matuttat.

**Die Kartonnagen-Fabrikation.**

Als praktisches Handbuch für die gesamte Kartonnagen-Fabrikation und zugleich als zweite, völlig neu gestaltete Auflage des seit mehreren Jahren vergriffenen fachtechnischen Wertes von Schubert, das sich unter dem gleichen Titel „Die Kartonnagen-Fabrikation“ in den Fachkreisen einen Namen errungen hat, erscheint in kurzem ein Fachwert, das schon deshalb aufs lebhafteste zu begrüßen ist, weil seit dem Erscheinen des Schubertschen Fachwerkes über die Kartonnagenherstellung dieser Industriezweig große Verdollkommnung erfahren hat.

Unter den vielgestaltigen Zweigen der Papier verarbeitenden Industrie nimmt die Kartonnagen-Fabrikation unstreitig einen besonders hohen Stand ein, vor allem in bezug auf die Errungenschaften der Technik. Der Verfasser hat sich zur Aufgabe gestellt, sich auch mit den Rohmaterialien der Kartonnagenherstellung zu befassen, und in einer instruktiven Abhandlung an die Besprechungen zur Rohstofferschließung soll der Leser vertraut gemacht werden, mit den hauptsächlichsten Maschinen zur Bearbeitung der Pappe. Sodann folgen in einer reichhaltigen Serie von Fachartikeln aus der Feder berufener Fachleute die Darstellungen, wie die Pappen zu den verschiedenartigsten Gegenständen verarbeitet werden, die man im allgemeinen als Kartonnagen bezeichnet. Zur Belebung des Textes wurde wieder eine Anzahl guter Abbildungen der wesentlichsten Maschinen zur Kartonnagen-Fabrikation bereitgestellt. Vorausbestellungen zum Preise von 20 Mk. für das geheftete und zu 22 Mk. für das gebundene Wert nimmt der Herausgeber Walter Hef, Berlin O. 27, Holzmarktstr. 13, entgegen. Ausführliches Inhaltsverzeichnis steht Interessenten unverbindlich und kostenlos zur Verfügung.

**Kunstgewerbliche Buchausstellung von Otto Dorfner, Weimar.**

Jeder Fachmann wird mit besonderem Interesse die Buchenbände von Otto Dorfner-Weimar befechtigen. Die Ausstellung ist reichhaltig und einwandfrei zusammengestellt. Labellose Halbfranzbände, teilweise in neuer, eigenartiger Ausführung, z. B. in den Bänden, Ganzleberbände mit wundervoller Handvergoldung, Lederbände, einzigartige Einleinführung. Jedes Buch ein Meisterstück. Die Ausstellung zu befechtigen ist für den Fachmann wie für jeden Bücherfreund ein Genuß, den sich niemand entgehen lassen sollte. W. W.

**Wird positive Mitarbeit geduldet?**

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hielt am 7. Dezember 1925 seine Hauptversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit mußte der Geschäftsführer Dr. Hoff auch seine Meinung über die „Einstellung der Gewerkschaften“ zum besten geben. Natürlich zog er gegen die „verfehlte Politik des Reichsarbeitsministeriums“ zu Felde. Die vielfach gefähten Bohmschlebsprüche seien eine „unmittelbare Sabotage der Preisabbaumassnahmen der Regierung“. Der Preisabbaun werde eine Steigerung der inneren Kaufkraft und damit auch wieder stabile Zustände auf dem Wohngebiet herbeiführen. Das widerspreche aber den Interessen der Gewerkschaften.

Diese Behauptung muß unseren schärfsten Widerspruch herausfordern. Soweit kennt Herr Dr. Hoff die Gewerkschaften und ihre Bestrebungen, um zu wissen, daß diese seine Behauptung falsch ist. Eine fühlbare Preisherabsetzung, die zu wesentlicher Steigerung der Kaufkraft beiträgt, ist uns so lieb wie eine Lohnerhöhung, die das gleiche bezweckt. Wenn wir vielfach zur Erhaltung der Kaufkraft der Massen andere Wege beschritten wissen wollen als die Unternehmer, dann ist das eine Sache für sich. Das ändert nichts daran, daß die Behauptung des Herrn Dr. Hoff positiv unrichtig ist.

Wenn er dann weiter behauptet, die Gewerkschaften hätten es nicht verstanden, „die Masse zu einer auf wirtschaftlichem Verständnis beruhenden Mitarbeit heranzuziehen“, dann haben wir vor kurzem noch an dieser Stelle nachgewiesen, daß die „Erfolge“ der Unternehmer als Wirtschaftsführer in den letzten fünf oder zehn Jahren wirklich nicht dazu angetan sind, das Vertrauen in diese „Führerschaft“ zu stärken.

Ueber die verlangte Mitarbeit der Masse könnte man ja Bände schreiben. Wir brauchen nur an zahlreiche Fälle zu erinnern, in denen z. B. die Betriebsräte zur wirklichen Mitarbeit bereit waren. Zu einem tatkräftigen Menschen gehört allerdings auch ein selbständiges Auftreten. Wird das geduldet? Im Gegenteil, wenn wirklich einmal ein Arbeiter seinen Mann stellt, dann wird er bald hinausbugstert, selbst wenn das Werk für lange Monate den Lohn umsonst zahlen muß. So liegen doch die Dinge auf solche Art und Weise werden sich die Unternehmer und ihre getreuen Mannen allerdings nicht in die Psyche des Arbeiters hineinfinden!

**Schneidesehrift.**

Unter dieser Bezeichnung wird eine Schriftart verstanden, die in der Hauptsache bei Plakaten Anwendung findet und, wie schon der Name andeutet, dazu berufen ist, buntfarbige Buchstaben auszuscheiden bzw. auszufärben und auf Plakatmaterial festhaltend aufzuprägen. Nach diesem Vorgang tritt das Bild der Buchstaben an den Karten gewöhnlich in Erscheinung. Die Wablung wird dadurch hervorgerufen, daß die Schneidesehriften ziemlich tief in das Plakatmaterial eindringen, wodurch das Buchstabenpapier scharf ausgepaant wird und auf diese Weise festen Halt findet. Selbstverständlich kann nicht jede beliebige Papierart hierzu Verwendung finden, da minderwertige Glacé- oder Glanzpapiere den Druck nicht aushalten und infolgedessen plagen würden. In der Regel finden solche prägefähige Glacé- und Glanzpapiere Verwendung, die sich unter der Bezeichnung „Schneidesehriftpapier“ im Handel befinden. Als Plakatmaterial findet 6-Stach geklebter Natur- oder Glacéarton, der nicht zu weich gearbeitet sein darf, Verwendung. Je nachdem wird auch lackierte Grau- oder Vederpappe verwendet. Bei gut geeigneten Kartonstreifen halftet die Schneidesehrift ohne jedes Bindemittel, bei anderem weniger geeigneten Material müssen geleimte Buchstabenpapiere Verwendung finden.

Die Schneidesehriftprägung erfolgt auf geheizter Bergolde- oder Kniehebel-Prägepresse. Durch die Hitze wird die Klebstoffschicht gelöst, wodurch ein festeshaften der einzelnen Buchstaben erzielt wird. Die zur Verwendung gelangenden zusammensetzbaren Typen sind aus Stahl gefertigt. Das Buchstabenbild ist mit einer Schneidesehrift eingeleimt.

Die Leimung der Papiere kann nur mit solchen

Klebstoffen bewirkt werden, die sich durch Hitze lösen. In besonderen Fällen können bei Verwendung ungeleimter Papiere die Plakatlflächen auch wie bei dem Pressergolden grundiert werden. Etwa 12 Tabletten Gelatine auf einen Liter kochendes Wasser ergeben ein entsprechendes Grundiermittel. Die Lösung wird in warmem Zustand mit einem feinen Schwamm gleichmäßig aufgetragen. Welcher Hitzeegrad in genannten Fällen erforderlich ist, muß die Praxis ergeben. Bei zu starker Hitze kann es vorkommen, daß der überflüssige geleimte Papierabfall an den Schriftkonturen festklebt. Um derartige Uebelstände zu vermeiden, muß die Hitze der Presse genau beobachtet werden. Im übrigen geht das Ablösen der Abfälle glatt vor sich. Es werden auch Schneidesehriften hergestellt, mit deren zweifarbige Buchstaben hergestellt werden können. In manchen Fällen wird eine zweite Farbe der Buchstaben durch farbigen oder auch durch Bronze-Druck hergestellt.

Nach dem gleichen Schneide- und Prägeverfahren können auch Bilder auf Abreißkalender, Rückwände und Bronzeleichen mit Hilfe von Prägepapier auf Plakate aufgeprägt werden, wenn die notwendigen Schneidewerkzeuge dazu zur Verfügung stehen. F. R.

**Internationales.**

**Oesterreich.** Am 14. Januar traten in der Geschäftsbücherfabrik König und Ebhardt in Wien 50 unserer Kollegen und Kolleginnen in einen Streik. Die Ursache zu diesem Ausstand ist ein neu eingestellter Direktor, der den Grundsatz huldigt: Neue Besen kehren gut! Mit besonderer Rücksichtslosigkeit hat er eine Anzahl tüchtiger, im Dienste der Firma alt gewordenen Kollegen auf die Straße gesetzt. Mit dem Eintritt dieses Direktors ist die Firma zu einem Taubenschlag geworden und der Wechsel der Arbeitskräfte war in den dreißig Jahren des Bestehens der Firma in Wien noch nicht so groß, wie in den wenigen Monaten der neuen Direktorherrlichkeit!

**Tschechoslowakel.** Die Tarifverträge für die in den selbständigen Buchbinderereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Prag und Brünn, die im Jahre 1920 auf die Dauer von vier Jahren abgeschlossen und beim Ablauf infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf ein Jahr verlängert wurden, sind durch Kündigung abgelaufen. In Prag wurde der Tarif von den Unternehmern, in Brünn von der Gehilfenvertretung gekündigt. Während in Prag die Verhandlungen bereits zum Abschluß eines neuen Tarifes führten, schleppen sie sich in Brünn hin und kann bei jedem gegenwärtigen Stande noch nicht mit Sicherheit behauptet werden, ob sie zum Abschluß eines Tarifvertrages führen werden. Die Verhandlungen gestalten sich überaus schwierig, da die Unternehmer eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch den Abbau der Löhne anstreben. Auch in der Frage der Feiertagsbezahlung ist bisher eine Einigung nicht erzielt worden.

Der neue Prager Tarif bringt nicht viel Neuerungen gegenüber dem alten Tarife. In der Frage der Arbeitszeit und auch in der Lehrlingsfrage konnte infolge der herrschenden Wirtschaftsverhältnisse keine Besserung erzielt werden. Demgegenüber wurde ein für die Arbeiterschaft schätzbare Gewinn in der Frage der Feiertage erzielt. Bisher waren acht bezahlte Feiertage durch den Tarif festgesetzt, nennmehr werden alle vierzehn gesetzlich anerkannten Feiertage bezahlt. Der Gewinn beträgt also sechs voll bezahlte Ruhetage.

Dem Beschäftigten gebührt nach 14tägiger Beschäftigung der volle Lohn im Höchstausmaße für eine Woche auch dann, wenn er aus wichtigen, seine Person betreffenden Gründen an der Arbeit oder Dienstleistung verhindert gewesen war und die Verhinderung nicht absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat. Kann der Arbeiter die Arbeit oder Dienstleistung infolge Erkrankung oder eines erlittenen Unfalles nicht verrichten, gebührt ihm statt dessen in der dritten und vierten Krankheitswoche je 10 Prozent seines Wochenlohnes, in der fünften und sechsten Krankheitswoche je 20 Prozent und in der siebenten und achten Krankheitswoche je 30 Prozent seines Lohnes.

**Inhaltsverzeichnis.**

Das Buch ist zu teuer!  
Entscheidungen zu unsern Reichstaxtarifverträgen — V.D.B.-Verlag — „Alpi“-Verlag — Die Schiedsspruch für die Kartonnagen-Industrie angenommen — Wellpappen-Vertrag.

Maß! nach!  
Verfälschung der Kräfte in der Papierverarbeitung.  
Ein Jahr gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.  
Eine Erhebung über die Wirtschaft.  
Produktive Erwerbslostenfürsorge und Exportveränderungen.

Bücherproduktion und Bücherabsatz.  
Die Bekämpfung der Lungenarteriosklerose.  
Ausgeberunterstützung in Sachsen.  
Buchbinder, die nicht lesen dürfen.  
Zur Unterhaltung: Die beste Sparkasse (Gebicht). — Der Bücherfreund (Erzählung). — Gesundheitliche Volksbelehrung. — Gränge oder Bier. — Ein Reford. — Gedanten im Restaurant. — Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung. — Wahre Begebenheiten. — Zur Arbeit. (Gebicht)

Serunter mit den Preisen.  
Die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik.  
Die Kartonnagenfabrikation.  
Buchkunstausstellung. (Dorner-Weimar.)  
Wird positive Mitarbeit geduldet?  
Schneidesehrift.

Internationales: Oesterreich — Tschechoslowakel.  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Adressänderungen.

Diese Bestimmungen gelten nicht dort, wo günstigere Bestimmungen in den bereits geltenden Kollektivverträgen oder Arbeitsordnungen enthalten sind. Die Ansprüche bei Krankheit oder Unfall gelten für die festgesetzte Zeit auch dann, wenn der Beschäftigte infolge unverschuldeter dauernder Arbeitsunfähigkeit zur Arbeit über vier Wochen unfähig und nach § 82 h der Gewerbeordnung entlassen wurde. Wenn der Beschäftigte infolge Krankheit aus der Arbeit gekündigt oder entlassen wurde, muß ihm trotzdem der Unternehmer die angeführten Zuschläge ausbezahlen.

In der Urlaubsfra ge ist gegenüber dem Gesetze insofern eine Besserung durchgesetzt worden, als für Arbeiter und Arbeiterinnen, die in ein und demselben Betriebe ununterbrochen zehn Jahre beschäftigt sind, zehn Urlaubstage festgesetzt wurden.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.****Abrechnungen**

vom 4. Quartal 1925 gingen bis zum 19. Januar bei der Verbandskasse ein von:

Frankfurt a. d. O. 280,— M., Tiffit 120,— M.,  
= Kiel 300,— M., Qübed 850,— M., Oldenburg  
491,65 M., = Gau Magdeburg 625,— M., Achers-  
leben 1400,— M., Brandenburg 1200,— M., Burg  
b. Magdeburg 176,50 M., Magdeburg 2800,— M.,  
Osternied 225,— M., Wittenberg 605,— M., =  
Hildesheim 100,— M., Kassel 620,— M., Danfried  
1150,— M., = Krefeld 454,— M., W.-Glabbad  
150,— M., = Altenburg 800,— M., Eisenach 100,—  
Markt, Erfurt 990,— M., Gera 402,20 M., Götting  
182,15 M., Gräfenthal —,— M., Greiz 86,40 M.,  
Koburg 90,— M., Saalfeld 356,— M., Schmölln  
—,— M., Sonneberg 195,— M., Weimar 260,90  
M., = Grimma 3863,— M., Weißen 161,30 M.,  
Oberwiesenthal —,— M., Seibennersdorf —,— M.,  
Burgen 2300,— M., = Konstanz 350,50 M., =  
Ansbach 100,— M., Erlangen 706,10 M.

**Adressenänderungen.**

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.

Bunzlau. B. u. K.: G. Berndt, Görlitzer Str. 47.  
Eisenach. B. u. K.: A. Schattberg, Rorbfr. 12 g.  
(Rechenunterstützung wird nicht ausgezahlt.)  
Hannover. Gau- u. Ortsbureau: Odeonstr. 15/16, I. I.  
Koburg. B. u. K.: E. Reuß, Seidmannsdorfer  
Straße 11 c. II.  
Köslin. B.: H. Berthold, Gartenheim 5 b.  
K.: R. Laffahn, Gartenheim 24 b.

Der Verbandsvorstand.